

## TOP 6      **Konkrete Planungen und Umsetzungsschritte zur Entwicklung der Infrastruktur im ÖPNV und SPNV sowie im Wohnungs- und Straßenbau im Zuge der Tesla-Ansiedlung in Grünheide (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE)**

*Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung*

### **Aus der Beratung:**

Der Abgeordnete **Görke (DIE LINKE)** erklärt einfühend, dass das MIL seiner Bitte, zu diesem TOP den Ausschussmitgliedern einen schriftlichen Bericht zu der geplanten Tesla-Ansiedlung vorab der Sitzung zu übermitteln, nicht nachgekommen sei. Deshalb erwarte er nun einen umfassenden mündlichen Bericht zu der Frage, wie mit der Herausforderung des kurz- und langfristig steigenden Verkehrsaufkommens sowie dem Wohnungsbau umgegangen werde und ob eine Öffnung des Landesentwicklungsplans vorgesehen sei.

**Minister Beermann** leitet damit ein, dass wesentliche Infrastruktureinrichtungen bereits vorhanden seien und sowohl für die Bauphase, als auch für den Produktionsstandort genutzt werden könnten. Es sei gemeinsam mit Tesla die Anforderungen für die verkehrliche Erschließung in Bezug zu der Mobilität der Beschäftigten sowie für den Güterverkehr definiert worden. Diese sollten schrittweise umgesetzt werden.

Er trägt die einzelnen **Maßnahmen vor, die von einer Arbeitsgruppe geplant und abgestimmt** würden. Für den Bereich Schiene und ÖPNV: **Entwicklung und Elektrifizierung von Anlagen für die Bahnlogistik im Bereich der DB Netz AG und der Deutschen Regionaleisenbahn sowie auf dem Werksgelände. Erweiterung des Bahnhofs Fangschleuse und Prüfung einer Verlagerung näher an das Werksgelände. Erweiterung der notwendigen Kapazitäten für den Schienenpersonenverkehr. Überprüfung des Busliniennetzes. Prüfung der Verlängerung der S-Bahn.** Für den Bereich Straße: **Erweiterung der Anschlussstelle der A10 Freienbrink. Bau einer zweiten Anschlussstelle an die A10 mit einer Verbindungsstraße in den geplanten Logistikbereich. Neubau einer Verbindungsstraße von der A10 bis zur L23, parallel zur Bahn. Niveaufreie Querung der Bahnstrecke im Bereich Bahnhof Fangschleuse durch die L23. Die Herstellung einer temporären Ein- und Ausfahrt von der A10 auf das Werksgelände. Vierstreifiger Ausbau der südlich des Geländes verlaufenden L38.**

Der Minister führt zum Thema **Bauleitplanung** über. Die für die Errichtung vorgesehene Fläche sei im Bebauungsplan 13 Freienbrink-Nord der Gemeinde Grünheide als Industriegebiet festgesetzt. **Die notwendige Ergänzung der verkehrlichen Erschließung sei weitgehend nicht Gegenstand der bauleitplanerischen Festsetzung. Da diese jedoch überwiegend gebietsintern geregelt werden solle und mit den erforderlichen Straßen, Mitarbeiterparkplätzen und Gleisanlagen sich als äußerst komplex erweisen würde, solle der Bebauungsplan entsprechend geändert werden.** Die Planungshoheit liege bei der Gemeinde. Zur Vermeidung von Mehrarbeit und zeitlichen Verzögerungen solle das **Änderungsverfahren parallel zum immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren** erfolgen und bis Ende 2020 abgeschlossen werden. Dazu liefen die ersten Abstimmungen.

Er setzt mit dem Thema Umfeldentwicklung und Landesplanung fort. **Städte und Gemeinden im Wirkungsbereich der Ansiedlung ständen vor der Chance und der Herausforderung, attraktive Wohnstandorte für die Fachkräfte und die damit einhergehende ausreichende Infrastruktur sowie gewerbliche Flächen für Dienstleister und Zulieferer vorzusehen.** Eng verbunden seien damit Erreichbarkeits- und Mobilitätsfragen. **Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung werde zusammen mit den betroffenen Kommunen ein regionales, gemeindeübergreifendes Entwicklungskonzept in zwei Stufen erarbeiten.**

In einem **ersten Schritt** würden die **Ausstrahlungseffekte von Tesla** und von einem denkbaren Cluster Elektromobilität anhand von **Erreichbarkeiten, Pendeldistanzen und Wohnortpräferenzen** und weiteren Parametern ermittelt werden, um zu einen abgrenzbaren Kooperationsraum zu kommen.

In einem **zweiten Schritt** würden die konkreten **Bedarfe an Wohnbauflächen, Gewerbeflächen und Infrastruktur ermittelt und bewertet werden.** Dafür werde noch ein Input von Tesla erwartet. Zentrale Ergebnisse des Konzepts seien die strategische Positionierung der Region und die Identifikation möglichst konkreter regionaler und lokaler Handlungsbedarfe. **Um Ende 2021 verwertbare Ergebnisse zu haben, sei ein sofortiger Start der Aktivitäten erforderlich. Erste Abstimmungen mit der kommunalen Ebene liefen dazu.**

Die Abgeordnete **Vandre (DIE LINKE)** macht darauf aufmerksam, dass, sofern das Konzept erst Ende 2021 vorliege, aufgrund der benötigten Zeit für die Genehmigung und den Bau der jeweiligen Infrastruktur nicht damit zu rechnen sei, dass diese vor Mitte dieses Jahrzehnts fertiggestellt werden könnten. Sie erkundigt sich nach der Realisierbarkeit und des Bedarfs an zusätzlichen Gleisanlagen durch eine **Taktverdichtung des RE 1 und den zusätzlichen Güterverkehr.**

Der Abgeordnete **Zeschmann (BVB / FREIE WÄHLER)** erkundigt sich nach der Finanzierung und den Zeitplan für eine Erweiterung des Busnetzes. Er spricht sich dafür aus, bei der Planung für den Bedarf an Wohn- und Gewerbeflächen die gut an das Werksgelände angeschlossene Stadt Fürstenwalde zu berücksichtigen, um die Rodung von weiteren Waldflächen in Grünheide zu vermeiden. Dies sei wichtig für die Akzeptanz vor Ort. Aktuell plane die Gemeinde Grünheide den Neubau einer Grundschule. Die bisherige Planung hätten sich nun überholt. Er wirft die Frage auf, wie die Gemeinde bei der Neuplanung personell und finanziell unterstützt werden könne. Minister Steinbach hätte eine Unterstützung der betroffenen Kommunen bei den kommenden Arbeiten zugesagt, vielleicht sogar personell und finanziell. Er möchte daher wissen, ob dies auch durch das MIL erfolgen werden.

Der Abgeordnete **Görke (DIE LINKE)** zeigt sich ernüchtert darüber, dass über keine kurzfristigen Maßnahmen und keinen konkreten Zeitplan informiert worden sei, obwohl das Werk bereits nächstes Jahr produzieren solle und die Planungen viel Zeit benötigen würden. Es sei nicht erkennbar, wie die erwarteten zehn Güterzüge mit An- und Abfahrt pro Tag auf dem Streckenverlauf des RE 1 eingebunden werden könnten und wie mit den erwarteten täglich 450 LKW umgegangen werde. Auch die weiteren genannten Maßnahmen bedürften langen Planungszeiträumen. Auch sei bisher unerwähnt geblieben, ob der Oder-Spree-Kanal eine Rolle spielen werde.

Der Abgeordnete **Rostock (GRÜNE/B90)** erkundigt sich, ob für den Güterbahnverkehr auf dem Streckenverlauf des RE 1, der nicht im Zusammenhang mit der Ansiedlung stände, Ausweichstrecken geprüft würden, um die Strecke zu entlasten, und ob die Möglichkeiten des Radverkehrs für Pendler betrachtet werden würde. Er unterstreicht die Notwendigkeit des Ausbaus der sozialen Infrastruktur in den Kommunen.

**Minister Beermann** führt aus, dass die aufgeworfenen Fragen auch von den entsprechenden Arbeitsgruppen betrachten würden. Insgesamt müsse mit Tesla und der Deutschen Bahn eine Priorisierung erarbeitet werden, zum Beispiel in Bezug auf die Einrichtung der Baustelle und in welchem Zeitverlauf die Infrastruktur wachsen müsse. Dabei müssten die drängenden Fragen der Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen werde. Deshalb werde, auch für den Wohnraum und die soziale Infrastruktur, das gemeinsame Konzept mit den umliegenden Kommunen erarbeitet. Es handele sich um einen Prozess, bei dem schrittweise vorgegangen werde und die Überlegungen und Vorstellungen der Akteure einfließen könnten. Deshalb könne er noch keine abschließenden Antworten zu allen Fragen geben. Wichtig sei jedoch, dass dieser Prozess transparent gestaltet werde.

Er geht auf einige konkrete Nachfragen ein. Zum RE 1 ergänzt er, dass geprüft werde, wie jeder Zug des RE 1 am Bahnhof Fangschleuse in diesem oder nächstem Jahr halten könne. Zum Busverkehr erläutert er, dass rechtlich vorgegeben sei, dass der Landkreis als Träger die Finanzverantwortung innehat. Deshalb werde auch der Landkreis in die Verhandlungen einbezogen. Zum Oder-Spree-Kanal liege von Tesla keine Anforderung vor. Die Verlegung des Bahnhofs Fangschleuse sei ebenfalls noch nicht entschieden, sondern müsse noch diskutiert werden. Das Thema Radverkehr müsse ebenfalls betrachtet werden. Ob und in welchem Umfang der Einsatz von Landesbediensteten in den Kommunen notwendig und zwingend sei, müsse in der Landesregierung besprochen werden.

Der Abgeordnete **Wiese (AfD)** bittet den Minister um Auskunft über die öffentlich diskutierten möglichen Probleme bei der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung.

Der Abgeordnete **Günther (AfD)** möchte angesichts der gravierenden Probleme am ausgewählten Standort wissen, ob die Regierung unmittelbar nach Abschluss der Geheimverhandlungen im vergangenen Jahr nicht in Ruhe nach einem geeigneten Standort hätte suchen können.

Der Abgeordnete **Görke (DIE LINKE)** erinnert daran, dass es in wenigen Wochen einen Baustellenbetrieb einer Gigafactory geben werden. Bereits im nächsten Jahr würden 4 000 Beschäftigten im Dreischichtbetrieb am Standort arbeiten. Deshalb habe er eine klare Zusage darüber erwartet, dass eine Verdichtung des Taktes und eine Verlängerung des Bahnsteigs am Bahnhof Fangschleuse in sehr kurzer Zeit erfolgen werde. Er möchte wissen, ob Tesla die Nutzung des Oder-Spree-Kanals angeboten worden sei.

Der Abgeordnete **Dr. Zeschmann (BVB / FREIE WÄHLER)** zeigt zwar Verständnis für ein schrittweises Vorgehen, es seien jedoch drängende Fragen zu beantworten. Er möchte wissen, wie der Gemeinde Grünheide bei der Grundschulplanung geholfen werden könne, wie die Zusammenarbeit mit den angrenzenden Teilen von Berlin erfolge, da auch dort der Wohnraumbedarf steigen werden, und wie die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung geklärt werden könne.

**Minister Beermann** erläutert, dass sich Brandenburg bei der Standortauswahl in einem internationalen Wettbewerb durchgesetzt habe. Insofern werde er den Standort nicht schlechtreden. Es gebe Straßen, ein funktionierendes Gleis für den Güterverkehr und weitere Faktoren. Er wiederholt das Ziel, einen halbstündigen Takt des RE 1 für den Bahnhof Fangschleuse zu ermöglichen. Bezüglich der Wohnraumsituation in Berlin gebe es viele Abwägungen. Brandenburg müsse eigene Entscheidungen treffen, wie der Bedarf aufgenommen werde. Er bittet um Verständnis darum, dass er für das Thema Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung nicht zuständig und daher auch nur begrenzt aussagefähig sei. Dies werde nach seinem Kenntnisstand in einem parallelen Verfahren zum immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren geprüft und sei für die erste Ausbaustufe wohl noch kein Problem.

Der Abgeordnete **Rostock (GRÜNE/B90)** gibt zu der Frage nach weiteren Standorten zu Bedenken, dass Tesla sich bewusst für diesen Standort entschieden habe und sich vermutlich woanders engagieren würde, wenn die Standortfrage vollkommen neu gestellt werden würde. Er richtet an die Abgeordneten die Bitte, sich mit deren Fraktionskollegen auszutauschen und bereits erhaltene Informationen auch nach außen zu tragen. So habe es bereits gestern im AWAE die Auskunft gegeben, dass die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung für die erste Ausbaustufe kein Problem darstelle.

Der Abgeordnete **Noack (SPD)** weist darauf hin, dass die damalige Ausweisung der Fläche im Zusammenwirken mit der Gemeinde und mit dem Landkreis erfolgt sei. Diese seien ebenso in der Verantwortung. Viele der offenen Fragen könnten momentan weder von Tesla, noch von den Kommunen oder vom Land beantwortet werden. Es sei das gemeinsame Ziel, diese Ansiedlung in Brandenburg zu realisieren. Er sei zuversichtlich, dass die noch offenen Fragen geklärt würden. Die Abgeordneten sollten nicht nur als Bedenken-träger, sondern als Kooperationspartner auftreten, um Probleme konkret zu lösen.

Der Abgeordnete **Rüter (SPD)** wirft dem Abgeordneten Dr. Zeschmann vor, er würde Bedenken schüren und die aktuellen Proteste zu einer großen Massenbewegung stilisieren. Dies mit Bezug zu Aufgaben, die nicht in der Landeszuständigkeit lägen. Zu den Fragen des Abgeordneten Görke verweist er auf einen Artikel der Fachzeitschrift Signal, welche auf die gute Anbindung des Bahnhofs Erkner und die Möglichkeit, das Werksgelände mittels Busverkehr an Erkner anzuschließen, eingehe. Demzufolge sei auch ohne den Bahnhof Fangschleuse oder eine Verlängerung der S-Bahn eine gute Anbindung möglich.

Die Abgeordnete **Vandre (DIE LINKE)** weist ihre beiden Vorredner darauf hin, dass es die Aufgabe der Abgeordneten sei, ob von der Koalition oder der Opposition, Fragen zu stellen, um Auswirkungen auf wichtige Projekte diskutieren zu können. Das Problem sei, dass es eine massive Diskrepanz zwischen der Geschwindigkeit mit der die Ansiedlung realisiert werde und den langwierigen Prozessen zur Anpassung der notwendigen Infrastruktur gebe. Auch sei bisher noch nicht über die Ansiedlung potenzieller Zulieferer und die dafür notwendige Infrastruktur gesprochen worden.

Der Abgeordnete **Dr. Zeschmann (BVB / FREIE WÄHLER)** weist die Beschuldigung des Abgeordneten Rüter strikt zurück. Dies sei nicht hinnehmbar. Er versuche die bestehenden Nöte und Sorgen der Menschen vor Ort zu transportieren, damit der Landkreis und die Landesregierung im notwendigen Umfang informieren würden. Andernfalls würden aus den Unsicherheiten und Hoffnungen vor Ort Ängste entstehen und einige Menschen würden vielleicht mit den falschen Leuten demonstrieren gehen.

BVB / FREIE WÄHLER trete für einen Erfolg des Projektes ein. Bisher sei die Landesregierung bei Großprojekten nicht übermäßig erfolgreich gewesen. Er stimme zu, dass man gemeinsam für den Erfolg des Projektes eintreten solle. Er habe die vielen Fragen gestellt, um an Lösungen arbeiten zu können. Die Fabrik müsste ins Umfeld integriert und die Umgebungsbedingungen angepasst werden. Nur weil die Gemeinde Schulträger der Grundschule sei, könne das Land die Gemeinde mit den durch die Ansiedlung notwendig gewordenen akuten Planungsanpassungen nicht alleine lassen. Diese Positionierung der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen sei erschreckend.

**Minister Beermann** erklärt, dass er das vom Abgeordneten Dr. Zeschmann vorgetragene Misstrauen in die Verwaltung nicht nachvollziehen könne. Es handele sich um eine große Herausforderung und ein wichtiges Projekt. Er sei sich aber sicher, dass Politik und Verwaltung von Land und Kommunen diese Herausforderungen bewältigen würden. Gemeinsam mit weiteren Beteiligten sowie der Bahn und Tesla. Die vorgetragenen Fragen seien berechtigt und würden ernst genommen, jedoch könnten diese zum jetzigen Zeitpunkt nicht alle beantwortet werden. Weitere Fragen müssten antizipiert werden, wie die von der Abgeordneten Vandre angesprochenen Ansiedlung weiterer Unternehmen. Er habe aber Vertrauen in den Gestaltungswillen der politisch Verantwortlichen in den Kommunen, hier Lösungen zu finden. Er gehe im Übrigen davon aus, dass sich die Kommunen in ihrem Zuständigkeitsbereich keine Vorgaben vom Land machen lassen würden. Es bestehe auch keine Notwendigkeit, dies konfrontativ zu gestalten. Man habe auf den unterschiedlichen Ebenen die Fähigkeiten, um dieses Projekt zu einem Erfolg zu führen.

Auf erneute Nachfrage des Abgeordneten **Görke (DIE LINKE)** zu einer möglichen Öffnung des Landesentwicklungsplanes verweist er auf seine einführenden Aussagen.